



Berlin Aktuell

Die Woche im Parlament



Sehr geehrte Damen und Herren,

gemeinsam mit unserer CDU-Bundeschefin und Bundeskanzlerin Angela Merkel habe ich in dieser Woche an einem Gespräch mit den deutschen katholischen Bischöfen teilgenommen. Ein zentrales Thema war unser Einsatz für die verfolgten Christen und Religionsgemeinschaften auf der Welt. Wir wollen in all unseren Auslandskontakten die Religionsfreiheit als wichtiges Menschenrecht einfordern.

Eine bemerkenswerte Neugründung gab es in dieser Woche im Bundestag. Rund 90 Abgeordnete aus allen Fraktionen -auch ich bin dabei- haben eine Parlamentsgruppe „Bahnlärm“ gegründet mit dem Ziel, einen besseren Lärmschutz für alle zu erreichen.

Ihr

Erinnerung und Verantwortung

Gedenkstunde im Deutschen Bundestag

Am 27. Januar 1945, auf den Tag genau heute vor 70 Jahren, befreiten Einheiten der Roten Armee die letzten überlebenden Insassen des deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers in Auschwitz. Schreckliche Bilder haben sich den Soldaten geboten, unvorstellbare Schicksale sind ihnen und der Welt offenbar geworden. Nie dürfen wir die Opfer vergessen und diese Schuld verdrängen. Auch deswegen ist der 27. Januar seit 1996 unser nationaler Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus.

Wir sind dankbar, dass und wie Bundespräsident Joachim

Gauck im Deutschen Bundestag die unauslöschliche deutsche Verantwortung mit dem bis heute andauernden Leid der Opfer verknüpft hat. Eindrücklich hat der Bundespräsident darauf hingewiesen, dass es keine deutsche Identität ohne Auschwitz gebe. Und weiter: „Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben.“

Unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, ist 1949 im Angesicht und in Anerkennung der historischen Schuld begründet worden. Eine Auseinandersetzung mit diesem Vermäch-

nis gehört für uns, wie die unbedingte Solidarität mit dem Staat Israel, zur deutschen Staatsraison. Es geht um mehr als die Erinnerung an die Verbrechen, die in deutschem Namen begangen worden sind: Wir alle sind aufgerufen, für Frieden und Völkerverständigung und gegen Hass und Gewalt einzutreten – weltweit. In diesem Sinne hat sich unser Land neu gefunden als europäisches, weltoffenes Land, das politisch Verfolgten aus aller Welt Zuflucht gewährt und ihnen Heimat werden kann und will.

Botschafterempfang Lateinamerika

Peter Weiß leitet den fraktionsinternen Arbeitskreis Lateinamerika der CDU/CSU Bundestagsfraktion. Dieser lud die Botschafterinnen und Botschafter der Länder Lateinamerikas zu einem Empfang in die Räume der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft ein. Im Rahmen dieses Treffens gab es Gelegenheit zum näheren persönlichen Kontakt mit den einzelnen Mitgliedern des Arbeitskreises sowie einem Austausch über die inhaltlichen Schwerpunkte der derzeitigen Arbeit.



Unser Bild zeigt (v.l.n.r.): Botschafter Thomas Neisinger, Regionalbeauftragter des Auswärtigen Amtes für Lateinamerika und die Karibik, Dr. Franz-Josef Jung, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Bundestagsabgeordneter Hubert Hüppe und Peter Weiß, Vorsitzender des Fraktions-Gesprächskreises Lateinamerika.

Aufnahme: David Höfer



In Berlin fand ein Gespräch mit dem Präsidenten der Handwerkskammer Freiburg, Paul Baier, dem Vizepräsidenten, Johannes Burger, dem Präsidenten der Unione Provinciale Artigiani (UPA) Padua, sowie weiteren Vertretern der Kammern statt.

Aufnahme: Handwerkskammer Freiburg

Gespräch der CDU mit der Deutschen Bischofskonferenz

Gemeinsam mit der CDU-Bundesvorsitzenden Angela Merkel hat Bundestagsabgeordneter Peter Weiß am Meinungsaustausch mit Mitgliedern der Deutschen Bischofskonferenz unter Leitung ihres Vorsitzenden, Kardinal Reinhard Marx, teilgenommen. Im Mittelpunkt des gut dreistündigen Gespräches im Konrad-Adenauer-Haus standen unter anderem globale Herausforderungen wie die Flüchtlingspolitik, die Verfolgung religiöser Minderheiten in vielen Ländern und die deutsche G7-Präsidentschaft. Einen weiteren Schwerpunkt stellte die Begleitung und Unterstützung schwerkranker und sterbender Menschen dar. Außerdem wurden Fragen der Familien- und Sozialpolitik erörtert.

Beide Seiten stimmten darin überein, dass internationale Konflikte, die Bedrohung durch Terror und Flüchtlingsströme Politik und Gesellschaft in Deutschland zurzeit vor besondere Herausforderungen stellen. Die Vertreter des CDU-Präsidiums wie die der Deutschen Bischofskonferenz waren sich einig über den unbedingten Schutz des Grundrechtes auf Asyl. Die katholischen Bischöfe bekräftigten ihre Solidarität für bedrängte Christen und Angehörige anderer religiöser Minderheiten im Nahen Osten und dankten der Union nachdrück-

lich für ihren Einsatz für die verfolgten Christen und Religionsgemeinschaften. Die Präsidiumsmitglieder nannten als wichtigstes Ziel der CDU-Flüchtlingspolitik, bedrohten, gefolterten und verfolgten Menschen Schutz und Zuflucht zu gewähren.

Angesichts der Herausforderungen der Zeit waren sich beide Seiten einig, dass christliche Werte eine gute Grundlage sind, um zu lernen, mit Unterschieden in einer vielfältigen Gesellschaft umzugehen und dabei das Verbindende im Blick zu behalten und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherzustellen.

Beim Thema Sterben in Würde teilten beide Seiten die Auffassung, dass im Mittelpunkt aller politischen und gesellschaftlichen Bemühungen die Sorge um die Verbesserung der Palliativ- und Hospizversorgung stehen muss. Die konkreten Pläne der CDU dazu wurden von den katholischen Bischöfen begrüßt. Diese sprachen sich zudem erneut deutlich für das Verbot jeder Form des organisierten assistierten Suizids aus.

Die Begegnung fand in einer herzlichen und offenen Atmosphäre statt. Vereinbart wurde, in kleineren Gesprächsgruppen verschiedene Themen erneut aufzugreifen.



Aufnahme: Tobias Koch
Quelle: CDU BGS

Lärmschutz an der Bahn soll besser werden

Bundestagsabgeordneter Peter Weiß ist Mitglied der neuen Parlamentariergruppe „Bahnlärm“ im Deutschen Bundestag, die sich in dieser Woche konstituiert hat. Die rund 90 Abgeordneten, die sich dieser Gruppe angeschlossen haben, wollen sich fraktionsübergreifend für einen besseren Schutz vor Bahnlärm und eine leisere Bahn einsetzen. In der ersten Sitzung der Parlamentariergruppe hat Peter Weiß zum Aus- und Neubau der Rheintalbahn berichtet und um Unterstützung für höhere Lärmstandards an dieser Strecke geworben. Wo der höchste Zuwachs an Güterverkehr auf der Bahn in den kommenden Jahren zu erwarten ist, da muss auch der Lärmschutz höher sein. In den Kernforderungen der neuen Parlamentariergruppe „Bahnlärm“ wird gefordert, die Güterwaggons schneller auf die leisere LL-Sohle umzurüsten. Der Schienenbonus soll auch für Bestandsstrecken abgeschafft werden und ein Rechtsanspruch auf Lärmschutz an allen Strecken eingeführt werden. Gerade diese Forderung würde für die Gemeinden an der Rheintalbahn einen besseren Lärmschutz



Mit mehreren Bürgermeistern aus dem Wahlkreis besprach Peter Weiß gemeinsam mit dem verkehrspolitischen Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion Ulrich Lange den verbesserten Lärmschutz der Bahn.

Aufnahme: Frank Zwiener



In Berlin hat sich Bundestagsabgeordneter Peter Weiß mit der neuen EU-Kommissarin Marianne Thyssen getroffen, die für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten zuständig ist. Die aus Belgien kommende Christdemokratin will den Kampf gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu ihrem zentralen Anliegen machen.

Aufnahme: Saskia Gamradt, KAS

Europa nach der Griechenlandwahl

Von völlig anderer Art sind die Herausforderungen, die sich innerhalb der EU stellen. Denken wir nur an die geldpolitischen Beschlüsse der EZB oder der Schweizerischen Nationalbank. Und mit Blick nach Griechenland ist es schon erstaunlich, wie schnell sich linke Wahlsieger und rechte Populisten zu einer Regierung zusammenfinden. Erstaunlich, wer bei uns in Deutschland diesen Wahlsieg bejubelt hat. Extreme sind sich ganz offenbar doch näher, als viele wahr haben wollen.

Ebenso wahr ist aber auch: Nicht die Troika, Brüssel oder Berlin sind schuld an der griechischen Misere, sondern das jahrzehntelange Versagen der Eliten Griechenlands. Und weiter gilt: Die neue griechische Regierung ist genauso an die Verträge gebunden, die das Land mit seinen europäischen Partnern eingegangen ist, wie jede Vorgängerregierung auch. Das unterscheidet das heutige vom früheren Europa.

Europa und die Welt

Mindestens ebenso wichtig ist es, dass Menschen erst gar nicht ihre Heimat verlassen müssen, dass die Weltgemeinschaft verbrecherischen Regimen und Organisationen entschieden entgegentritt. Deswegen ist es richtig, wenn wir in dieser Woche durch die Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte Verantwortung übernehmen. Die internationale Hilfe hat dazu beigetragen, der Terrormiliz IS die hart umkämpfte Stadt Kobane wieder zu entreißen. Der Terror darf und er wird nicht gewinnen.

Mit Schrecken registrieren wir die neuen Gewaltexzesse in der Ostukraine. Alle, die vorschnell ein Ende der deutlich wirksamen Sanktionen gegen Russland fordern, müssen sich mit der unbestechlichen Lageanalyse der OSZE befassen. Die von Russland gedeckten und unterstützten Rebellen in der Ostukraine haben nicht nur die Friedensgespräche abgebrochen, sie sind auch für eine erneute Eskalation und Ausweitung der Kämpfe nach Mariupol verantwortlich. Sollte Präsident Putin dieser Eskalation keinen Einhalt gebieten, muss die Verschärfung der Sanktionen erwogen werden. Verantwortung heißt hier, dass wir beharrlich an einer Lösung arbeiten, die den Menschen in der Ukraine den Frieden zurückbringt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zu Recht eine friedliche Lösung angemahnt und die Umsetzung der Minsker Vereinbarung gefordert. Die Waffenruhe muss eingehalten, neue Eskalationen vermieden werden. Hier ist Präsident Putin in der Verantwortung.

Gute Verfassung der deutschen Wirtschaft weiter stärken

Der Jahreswirtschaftsbericht 2015 der Bundesregierung, der in dieser Woche im Parlament diskutiert wurde, umreißt die Grundlagen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in diesem Jahr. Wir können feststellen, dass unter der unionsgeführten Bundesregierung das deutsche Wirtschaftswachstum trotz der weiter schwelenden geopolitischen Risiken wieder an Dynamik gewinnt. Die entscheidenden Antriebskräfte sind ein starker Arbeitsmarkt und steigende verfügbare Einkommen. Mit 42,7 Millionen Erwerbstätigen im vergangenen Jahr hat Deutschland zum achten Mal in Folge einen neuen Beschäftigungsrekord erreicht - und die hohe Zahl offener Stellen weist auf weiter steigende Arbeitsnachfrage hin.

Wir müssen nun also die gute wirtschaftliche Verfassung unseres Landes erhalten und möglichst weiter ausbauen. Es ist daher erfreulich, dass wir unseren Koalitionspartner auch mittelfristig von der schwarzen Null überzeugen konnten und auf dieser Grundlage nun über private und öffentliche Zukunftsinvestitionen sprechen können. Ebenso erfreulich ist es, dass unser Koalitionspartner inzwischen die Bedeutung von Strukturreformen in Deutschland und Europa anerkennt. Denn Investitionen können nur dann erfolgreich sein, wenn die unternehmerischen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stimmen. Vor diesen Hintergrund trägt der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht den Titel „*Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft*“.

Preise für landwirtschaftliche Flächen steigen

Die Kaufpreise für landwirtschaftlich genutzte Flächen sind von 2000 bis 2013 um durchschnittlich 80 Prozent gestiegen. Grund hierfür sind vor allem die besseren Verdienstaussichten für Landwirte. Der Gewinn eines deutschen Haupterwerbsbetriebs stieg demnach von 593 Euro pro Hektar auf etwa 839 Euro pro Hektar. Anzeichen für auf Spekulationen beruhende Preisblasen fanden die Forscher nicht. Laut DIW erschweren hohe Bodenpreise einerseits den Flächenerwerb für expandierende Betriebe, bieten jedoch gleichzeitig gute Sicherheiten zur Kreditaufnahme für Investitionen. Rund die Hälfte der deutschen Bodenfläche wird für die landwirtschaftliche Produktion genutzt, jedoch schrumpfte dieser Anteil im Jahr 2013 pro Tag um etwa 80 Hektar. Gleichzeitig werden die landwirtschaftlichen Betriebe immer größer: Wurden pro Betrieb im Jahr 1999 noch durchschnittlich etwa 40 Hektar bewirtschaftet, waren es im Jahr 2013 bereits 59 Hektar.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)



In Venezuela haben sich die Oppositionsparteien zu einer „Mesa de Unidad“ zusammengeschlossen. Eine Delegation dieses Bündnisses kam dieser Tage zu einem Besuch nach Berlin, wo ein Treffen mit Peter Weiß und weiteren Abgeordneten stattfand.

Aufnahme: Frank Zwiener

Termine mit Peter Weiß

Freitag, 30. Januar 2015, 20:00 Uhr

Generalversammlung der Kolling-Familie Kollnau, Hildastr. 2, Josefshaus (Keller).

Samstag, 31. Januar 2015, 13:30 Uhr

EFG-Kappensitzung zur Seniorenfasnacht, Fritz-Boehle-Halle, Emmendingen.

Samstag, 31. Januar 2015, 19:30 Uhr

Zunfatabend der Schergässler, Geroldseckerhalle, Lahr-Reichenbach.

Sonntag, 01. Februar 2015, 11:00 Uhr

Jubiläum der Narrenzunft „Krakeelia“, Waldkirch, kath. Pfarrheim, Kirchplatz 7.

Sonntag, 01. Februar 2015, 14:00 Uhr

Umzug der Narrenzunft „Krakeelia“ in Waldkirch.

Impressum

Berlin Aktuell - Die Woche im Parlament

Herausgeber: Peter Weiß MdB

Layout und Inhalt: Frank Zwiener

Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. (030) 227 77333
Fax (030) 227 76387
peter.weiss@bundestag.de

Wahlkreisbüros

Denzlinger Straße 8,
79312 Emmendingen
Tel. (07641) 93 11 77
Fax (07641) 93 15 80

Friedrichstr. 5, 77933 Lahr
Tel. (07821) 90 80 61
Fax (07821) 90 80 62

peter.weiss@wk.bundestag.de